



Newsletter der Volksinitiative „Keine Profite mit Boden und Miete“, Nr. 6/2021

Fast 350.000 Berliner stimmen für Enteignung

Genau 349.591 Berliner unterschrieben nach Angaben der Volksinitiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ in den vergangenen vier Monaten die Forderung, private Wohnkonzerne mit über 3000 Wohnungen zu vergesellschaften, um in der Hauptstadt für mehr bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Die Unterschriften wurden am 25. Juni der Berliner Landeswahlleitung übergeben. Auch wenn erfahrungsgemäß ein erheblicher Teil der Unterschriften z.B. wegen der Staatsange-
(Fortsetzung auf Seite 2)

Das Thema Wohnungspolitik in den Wahlkampf tragen! Plakate in alle Stadtteile!

Wer hilft mit, Plakate aufzustellen und zu betreuen?

- Aufstellen:** Relativ leicht (Pappen mit Kabelbindern befestigen)
- Betreuen:** Da wir Plakate nur aufstellen dürfen, wenn sie auf eine Veranstaltung hinweisen, müssen etwa alle zwei Wochen Aufkleber mit neuen Terminen auf die Plakate aufgeklebt werden.
- Wer macht mit? Bitte melden unter:**
HK1919@gmx.de oder
info@KeineProfiteMitBodenUndMiete.de

Termine

Wie können wir beim Volksbegehren erfolgreich sein? Nächste Beratung:
MI 21.7.21, 19:00 (Videokonferenz)

Günstigen Wohnraum schaffen und Grünflächen erhalten

Start einer Veranstaltungsreihe der Versammlung der Stadtteile

11.8.21, 19:00 Bürgerhaus Wilhelmsburg

Näheres unter: <https://versammlung-der-stadtteile.org/guenstigen-wohnraum-schaffen-und-gruenflaechen-erhalten/>



Eins unserer neuen Plakate (Plakat A)

Auf die Fläche über „19 Uhr“ werden Angaben mit wechselnden Terminen aufgeklebt.

Die anderen neuen Plakate: --> S. 3/4

INHALT:

Fast 350.000 Berliner stimmen für Enteignung	S. 1	Unsere neuen Plakate	S. 1, 3 u.4
Wohnungspolitik in den Wahlkampf tragen	S. 1	Nachrichten	S. 5
Bericht über die Versammlung am 16.6.21	S. 3	Impressum	S. 8

hörigkeit als ungültig gewertet werden wird, ist das Quorum von 7 % (etwa 175.000) der Berliner Wahlberechtigten mit Sicherheit erreicht. Zeitweise gab es in Berlin mehr als 1000 Menschen, die für die Volksinitiative Unterschriften sammelten.

Von den 1,6 Millionen Berliner Mietwohnungen gehören ca. 240.000 großen Immobilienkonzernen,

von denen viele wegen Spekulation, mangelhafter Instandhaltung und hohen Mietsteigerungen kritisiert werden.

<https://www.dwenteignen.de> ; Die Tageszeitung, 25.6.21 (<https://taz.de/Erfolgreiches-Volksbegehren-in-Berlin/!5783000>)

Pressemitteilung der Berliner Volksinitiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“

Die Initiative Deutsche Wohnen & Co. enteignen übergibt heute um 16 Uhr die letzten Unterschriften zur Unterstützung des Volksbegehrens an die Landeswahlleitung Berlin. Laut der Initiative werden insgesamt mehr als **343.000 Unterschriften überreicht (Stand: 24.6., 23:00 Uhr)**. Wegen der sehr hohen Anzahl an Unterschriften geht die Initiative schon vor endgültiger Auszählung davon aus, dass das Volksbegehren erfolgreich ist und es zum Volksentscheid am 26. September kommen wird.

„Der Erfolg der zweiten Sammelphase zeigt, dass sehr viele Berliner:innen bezahlbaren Wohnraum in Gemeineigentum wollen. Die Berliner:innen lassen sich nicht mit Symbolpolitik abspeisen“, sagt Jenny Stupka, Sprecherin der Initiative.

Dies werden die Sammler:innen bei der heutigen Übergabe vor der Senatsverwaltung für Inneres und Sport mit Musik und einer Performance feiern.

„Bei den zahlreichen Sammelgesprächen merkte ich: Der Volksentscheid trifft den Nerv der Stadt. Fast alle Gespräche waren sehr positiv und es wurde unterschrieben. Ich bin sehr glücklich, dass wir trotz der schwierigen Bedingungen mit Corona erfolgreich waren“, sagt Leonie Heine, aktiv in der Sammel-Arbeitsgruppe der Initiative.



[dwenteignen.de](https://www.dwenteignen.de)

Die Kundgebung ist nicht nur eine Feier, sondern auch der Auftakt für den Wahlkampf der kommenden Monate: „Aufgrund der desaströsen Mietenpolitik der letzten Jahrzehnte wird Wohnen eines der bestimmenden Themen des Wahlkampfes sein. Mit Haustürgesprächen und auf der Straße informieren wir ganz Berlin, wie wir durch Vergesellschaftung

von profitorientierten Unternehmen langfristig guten und bezahlbaren Wohnraum für zahlreiche Berliner:innen sichern, als eine Säule neben den Genossenschaften“, so Leonie Heine.



[dwenteignen.de](https://www.dwenteignen.de)

Die Initiative problematisiert, dass Zehntausende der Unterschriften von der Landeswahlleitung für ungültig erklärt werden, weil sie von Berliner:innen ohne deutschen Pass stammen.

„Berliner:innen ohne deutschen Pass sind ein wichtiger Teil unseres Gemeinwesens und haben ihr Leben in dieser Stadt aufgebaut. Es ist ein Skandal, dass diese Berliner:innen nicht mitentscheiden dürfen“, kritisiert Jane Plett, aktiv in der Right to the City-Arbeitsgruppe der Initiative.

Die Landeswahlleitung hat nun zwei Wochen Zeit, um alle Unterschriften der gesamten viermonatigen Sammelphase auszuzählen. Sollte die Initiative 175.000 gültige Unterschriften für ihr Anliegen gesammelt haben, kommt es zum Volksentscheid im September. Die Initiative „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ setzt sich für die Enteignung von Wohnungskonzernen mit mehr als 3.000 Wohnungen in Berlin ein, wobei Genossenschaften explizit ausgenommen sind. Dabei sollen mehr als 240.000 Wohnungen gemäß der Vorlage der Initiative in den Besitz einer Anstalt des öffentlichen Rechts überführt und demokratisch, transparent und gemeinwohlorientiert verwaltet werden.

Pressemitteilung der Berliner Volksinitiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ v.25.6.21, <https://www.dwenteignen.de/2021/06/volksentscheid-wir-kommen/>

Kurzer Bericht über die Versammlung (Videokonferenz) am 16. Juni 2021

In seinem Einleitungsbeitrag zum Thema „Warum ‚Bauen, Bauen, Bauen!‘ falsch ist“ hob Gilbert Siegler hervor, dass bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums auch ökologische Probleme beachtet werden müssen. Angesichts der sich dramatisch zuspitzenden Klimakrise müsse insbesondere der große Energieverbrauch für den Bau (80%) und die Nutzung von Gebäuden verringert werden. Unter ökologischen Gesichtspunkten mache es einen großen Unterschied, ob Häuser nach 30 oder 40 Jahren abgerissen werden, um mit neuen Gebäuden größere Profite zu erwirtschaften oder ob Häuser so gebaut und gepflegt würden, dass sie 100 Jahre lang gern genutzt werden. Es mache auch einen Unterschied, ob nach 20 oder 30 Jahren immer wieder günstige Wohnungen nachgebaut werden müssen, weil die Preisbindung endet oder ob gute Wohnungen "ewig" günstig bleiben. Statt der Versiegelung immer neuer Naturflächen sollten bei den Baumaßnahmen auch Grundstücke herangezogen werden, die bereits genutzt werden, etwa Parkplätze und einstöckige Bauten. Er trug auch kritische Einwände gegen das Konzept der „wachsenden Stadt“ vor; diese Politik führe zu einer Energie- und Ressourcenverschwendung, die angesichts der Klimakrise nicht hinzunehmen sei. Es folgten Diskussionsbeiträge zu diesem Thema, besonders von Mitgliedern der Arbeitsgruppe, die sich damit befasst.

Die Berichte aus den anderen Arbeitsgruppen zeigten, wo es vorangeht und wo es hakt. Die Kollegin, die bisher unsere Internetseite gestaltet hat, fällt wegen einer schweren Operation für lange Zeit aus. Dadurch wird die Website zur Zeit leider nur in geringem Umfang aktualisiert. Wir suchen dringend noch jemand, der/die uns bei dieser Aufgabe unterstützt (Bearbeitung mit WORDPRESS).

Seit Anfang Juni ist die Volksinitiative auf Twitter, Instagram und Facebook präsent. Die betreuende Arbeitsgruppe freut sich über Beiträge von Usern, aber auch von anderen Unterstützern, die sich normalerweise nicht in diesen sozialen Medien bewegen. Schickt einfach Kommentare zur aktuellen Wohnungslage an die Adresse HK1919@gmx.de mit der Bitte, sie zu posten!

Die AG Plakate hat aus über 20 Plakattexten einige ausgewählt und mit graphischen Ideen versehen. Unser Grafiker Wolfgang Thede hat sie dann professionell gestaltet. Dabei wurden Farben und andere Elemente der alten Plakate beibehalten. Besonders

wichtig war der Gruppe, dass die Texte auffallen und leicht lesbar sind (z.B. auch von vorbeifahrenden Autos und Radfahrern). Nach der Vorstellung der Entwürfe gab es eine kurze Abstimmung zur Frage, welche am besten für unsere Plakatierung geeignet seien. Die Ergebnisse (siehe Abbildungen):

Plakat A: 12%	Plakat D: 8%	Plakat G: 4%
Plakat B: 12%	Plakat E: 12%	Plakat H: 8%
Plakat C: 16%	Plakat F: 20%	Plakat I: 8%

Der Lenkungskreis hat am 21. Juni entschieden, sechs davon drucken zu lassen, und zwar überwie-



Plakat B

gend in derselben Art wie im vergangenen Jahr: je zwei Plakate zusammen auf beschichteten DIN-A-1-Pappen, die mit Kabelbindern an Laternen etc.

Wer über unseren Newsletter hinaus auf dem Laufenden gehalten werden möchte, folgt uns in den Sozialen Medien oder klickt ab und an mal rein, was **auch ohne Account** möglich ist:

TWITTER:

<https://twitter.com/keineprofiteBuM>

INSTAGRAM:

<https://www.instagram.com/keineprofiteMitBuM/>

FACEBOOK:

<https://www.facebook.com/keineprofiteMitBuM>

**Ein Zauberkunststück:
Bezahlbarer Wohnraum**



**auf Grundstücken?
teuren**

Jetzt Volksbegehren vorbereiten!

**INFOVERANSTALTUNG
Volksinitiativen
Keine Profite
mit Boden und Miete**

Boden und Wohnungen behalten, Hamburg sozial gestalten **KEINE PROFITE MIT BODEN & MIETE!** Neubaumieten auf städtischem Grund – für immer günstig!

19:00 Uhr
Mieterverein zu Hamburg von 1890 r. V.
Beim Strohhause 20
20097 Hamburg

<https://KeineProfiteMitBodenUndMiete.de>
info@KeineProfiteMitBodenUndMiete.de



Plakat C

Hamburgs falsche Baupolitik:

890€ netto kalt

WTF+ **19 m²**

für **Wohnung im Münzviertel**

Mieten müssen bezahlbar sein!

**INFOVERANSTALTUNG
Volksinitiativen
Keine Profite
mit Boden und Miete**

Boden und Wohnungen behalten, Hamburg sozial gestalten **KEINE PROFITE MIT BODEN & MIETE!** Neubaumieten auf städtischem Grund – für immer günstig!

19:00 Uhr
Mieterverein zu Hamburg von 1890 r. V.
Beim Strohhause 20
20097 Hamburg

<https://KeineProfiteMitBodenUndMiete.de>
info@KeineProfiteMitBodenUndMiete.de



Plakat D

Hamburgs falsche Baupolitik:

über **100.000** bezahlbare Wohnungen **fehlen** in Hamburg

**Die neu gebauten sind
meist viel zu teuer**

Mieten müssen bezahlbar sein!

**INFOVERANSTALTUNG
Volksinitiativen
Keine Profite
mit Boden und Miete**

Boden und Wohnungen behalten, Hamburg sozial gestalten **KEINE PROFITE MIT BODEN & MIETE!** Neubaumieten auf städtischem Grund – für immer günstig!

19:00 Uhr
Mieterverein zu Hamburg von 1890 r. V.
Beim Strohhause 20
20097 Hamburg

<https://KeineProfiteMitBodenUndMiete.de>
info@KeineProfiteMitBodenUndMiete.de



Plakat E

Hamburgs falsche Baupolitik:

**Paradies für
Miethaie**



Jetzt Volksbegehren vorbereiten!

**INFOVERANSTALTUNG
Volksinitiativen
Keine Profite
mit Boden und Miete**

Boden und Wohnungen behalten, Hamburg sozial gestalten **KEINE PROFITE MIT BODEN & MIETE!** Neubaumieten auf städtischem Grund – für immer günstig!

19:00 Uhr
Mieterverein zu Hamburg von 1890 r. V.
Beim Strohhause 20
20097 Hamburg

<https://KeineProfiteMitBodenUndMiete.de>
info@KeineProfiteMitBodenUndMiete.de



Plakat F

befestigt werden können. Außerdem werden die sechs Motive in geringerem Umfang noch als Einzelplakate zum Aufkleben auf andere Träger gedruckt, ferner einige Kleinplakate (DIN-A 2 u.-A 3). Die abschließende Diskussion der Versammlung beschäftigte sich mit der Frage, wie wir den Kreis der Aktiven und Unterstützer erweitern können.

Die nächste Beratung findet am 21. Juli um 19 Uhr statt. Dann soll unter anderem die Aufstellung und Betreuung der Plakate ab Ende Juli, also während des Bundestagswahlkampfes, besprochen werden.

Nachrichten

Neues „Bündnis für das Wohnen“ zwischen Senat und Wohnungsverbänden

Am 23. Juni unterzeichneten Vertreter des Hamburger Senats, mehrerer Verbände der Wohnungsunternehmen, des Grundeigentümerverbands Hamburg und der SAGA ähnlich wie in den vergangenen Legislaturperioden ein „Bündnis für das Wohnen“. Der Vertrag gilt bis 2025. Die beiden Hamburger Mietervereine wurden angeblich durch „partnerschaftlicher Beratung“ beteiligt.

Vereinbart wurde unter anderem:

- * Baugenehmigungen für mindestens 10.000 Wohnungen pro Jahr,
- * eine wesentlich stärkere Vergabe städtischer Grundstücke im Erbbaurecht,
- * konsequente Ausübung der Vorkaufsrechte durch die Stadt,
- * bei Bauprojekten ab 30 Wohneinheiten die Fortführung des „Drittmixes“ – je ein Drittel geförderte Mietwohnungen, frei finanzierte Mietwohnungen und Eigentumswohnungen. (In Wirklichkeit hat es allen Ankündigungen des Senats zum Trotz bisher nie ein Drittel geförderte Wohnungen gegeben, schon gar nicht ein Drittel günstige Wohnungen nach dem 1. Förderweg.)

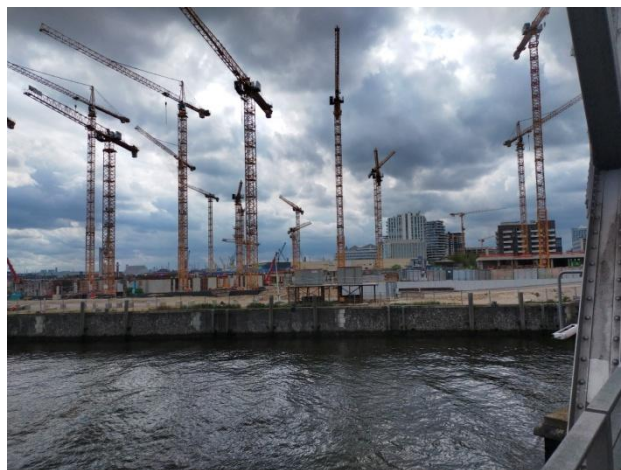
In bestimmten Wohnlagen soll der Anteil des sozialen Wohnungsbaus z.T. auf bis zu 50 % erhöht werden. Dadurch soll der Gesamtanteil der geförderten Wohnungen auf ca. 35 % steigen. Dafür werden die Fördermittel schrittweise auf 4000 Neubauwohnungen pro Jahr gesteigert.

Für die geförderten Wohnungen wurden ab 2021 die Mietpreis- und Belegungsbindungen auf 30 Jahre festgelegt.

Für vordringlich Wohnungssuchende ist weiterhin eine besondere Förderung vorgesehen (WA-Bindungen). In Konzeptausschreibungen sollen auf

bestimmten städtischen Flächen feste Prozentanteile dafür vorgesehen werden.

Der Senat sichert den Verbänden „Rechtssicherheit“ zu; dies bedeutet, dass er verhindern wird, dass die Bezirke Änderungen an diesen Vereinbarungen durchsetzen. Allerdings sind juristisch die Bezirke für Baugenehmigungen und Bebauungspläne zuständig. Sie haben in der Vergangenheit teilweise einen höheren Anteil an Sozialwohnungen verlangt und ökologische Standards verschärft. Im Konfliktfall will der Senat zur Evokation greifen, d.h. die Entscheidung an sich ziehen. Es ist abzusehen, dass die Bezirke sich in solchen Fällen manchmal zur Wehr setzen werden. Um solche Konflikte zu vermeiden, hat der Senat in der Vergangenheit mit den Bezirken einen „Vertrag für Hamburg“ geschlossen. Ein solcher Vertrag ist auch jetzt beabsichtigt.



Baustellen im Baakenhafen

Aus Sicht der Volksinitiative „Keine Profite mit Boden und Miete“ wird der neue Vertrag nur sehr begrenzt zu einer Änderung der bisherigen Politik führen. Die geringfügige geplante Erhöhung des Anteils der geförderten Wohnungen ist keine große Tat. Es wird nicht einmal klargestellt, ob es sich um Sozialwohnungen (d.h. 1. Förderweg) handelt oder

letztlich vielleicht nur um den 2. Förderweg. Eine Verbesserung kann vor allen der höhere Anteil von Erbbauverträgen bei der Grundstücksvergabe darstellen. Dieser war bisher sehr gering; es dominierten nach wie vor die Grundstücksverkäufe. Es bleibt abzuwarten, was die „wesentlich stärkere Vergabe“ in der Praxis bedeuten wird.

Senatsbroschüre „Bündnis für das Wohnen in Hamburg“ (vereinbarung-buendnis-fuer-das-wohnen-in-hamburg-22-legislaturperiode); Mitteilung des Senats (<https://www.hamburg.de/bsw/buendnis-fuer-das-wohnen>), eingesehen am 2.7.21; Hamb. Abendblatt v. 17.6.21.

Verhandlungen unserer Initiative mit der Stadt

Durch die Verschiebung des Termins für das Volksbegehren ist auch die Zeitspanne für die Verhandlungen größer geworden. Die Vertreter der Stadt haben offenbar keine große Eile bei den Verhandlungen. Verbirgt sich dahinter eine Strategie? Das am 23. Juni mit den Wohnungsverbänden unterzeichnete „Bündnis für das Wohnen“ wurde den Verhandlungen mit der Volksinitiative vorgezogen. Dies deutet daraufhin, dass ihm in den Augen der führenden Politiker ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wird als eine Übereinkunft mit der Volksinitiative.

Was wird aus dem Holsten-Areal?

Im Newsletter Nr. 2/2021 berichteten wir darüber, wie das Areal der ehemaligen Holstenbrauerei in Altona zum Spekulationsobjekt wurde. Nachdem die Stadt auf ihr Vorkaufsrecht verzichtet hatte, veräußerte Carlsberg das ca. 86.000 qm umfassende Grundstück 2016 für ca. 153 Millionen € an einen Düsseldorfer Immobilienkonzern. Seitdem wechselte das Gelände mehrfach den Eigentümer. 2020 sah ein Vorvertrag einen Verkauf für 320 Millionen € an die ADO Properties vor.

Jahrelang bewegte sich nichts auf dem Gelände. Anfang Juni 2021 gaben der Bezirk Altona und der Eigentümer Consus überraschend bekannt, dass sie sich auf den Entwurf für einen städtebaulichen Vertrag verständigt hätten. Auf dem Gelände sollen mehr als 1200 Wohneinheiten entstehen, davon 365 geförderte Mietwohnungen. Bei 100 weiteren Mietwohnungen sind die Mieten „preisgedämpft“, d.h. auf Preise von 12,90 € bzw. 14,90 € pro qm gedeckelt. Die übrigen 235 Mietwohnungen sind vermutlich weit teurer. Auch die Preise für die Eigentumswohnungen dürften hoch ausfallen; denn

es handelt sich um ein renditeorientiertes Unternehmen. Außerdem will sich Consus finanziell am Ausbau der angrenzenden Theodor-Haubach-Schule und an einem Stadtteilzentrum beteiligen.



Luftfoto des Holsten-Areals

Abbildung auf einer Informationstafel am Gelände

Die lokale Bürgerinitiative übte heftige Kritik an dem Vertrag. Die Verhandlungsergebnisse seien reine Kosmetik, äußerte Theo Bruns, der Sprecher der Baugemeinschaft Malwine, die Teil der Initiative „Knallt am Dollsten“ ist und sich gegen die Pläne wehrt. Es sei erstaunlich, wie machtlos sich die Politik gegenüber dem Investor gebe. Stadt und Bezirk sollten doch noch einmal über eine Vergesellschaftung des Geländes nachdenken. Dies sei im Grundgesetz ausdrücklich als Möglichkeit vorgesehen.

Ob wirklich bald gebaut wird, bleibt abzuwarten. In Düsseldorf hat der Immobilienkonzern vor zwei Jahren eine Vereinbarung zur Errichtung des Bauvorhabens „Grand Central“ in der Innenstadt getroffen, aber geschehen ist bisher nichts. Es drohen zwar Konventionalstrafen. Doch Bruns ist skeptisch. „Solche Strafen sind den Investoren doch egal und bereits eingeplant.“

Die Tageszeitung (taz), 6.6.21 (<https://taz.de/Holstenareal-in-Hamburg/15772889>); Hamb. Abendblatt, 33.6.21, S.2 u.10; <https://www.mopo.de/hamburg/spekulanten-gestoppt--schluss-mit-holsten-monopoly--neuer-plan-fuer-areal-in-altona-38449442>; <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/1200-Wohnungen-kommen-ins-Holsten-Quartier,holstenareal104.html>

Freistellungen verlängert

Gutverdienende Mieter*innen, die in Sozialwohnungen leben, dürfen in bestimmten Gebieten weiter dort wohnen. Der Senat hat die zum 30. Juni 2021 auslaufenden Freistellungsgebiete bis 2025 verlängert, allerdings teilweise mit veränderten Zuschnitten. Die Gebiete in Steilshoop und Neual-

lermöhe-West wurden verkleinert, so dass einige Sozialwohnungen bei Neuvermietungen wieder an Mieter*innen mit entsprechenden Nachweisen vergeben werden müssen. Mümmelmannsberg und Wilhelmsburg bleiben unverändert. Als Grund wird angegeben, dass die Stadtteile sozial durchmischt werden.

Unsere Initiative hatte dagegen in einer Pressemitteilung am 25. Mai gefordert, die Freistellungen nicht zu verlängern und die Wohnungen ausnahmslos an Berechtigte zu vergeben (siehe Newsletter 5/2021 und unsere Website, Menü Presse).

<https://www.mopo.de/hamburg/gutverdiener-in-sozialwohnungen-senat-hat-entschieden>

Neues vom Kleinen Schäferkamp 16

Im Newsletter Nr. 4/2021 berichteten wir darüber, dass am Kleinen Schäferkamp 16/16a-f eine Zwangsversteigerung drohte und die Mieter*innen befürchteten, Immobilienhaien in die Hände zu fallen. Inzwischen wurde die Zwangsversteigerung zwar abgesagt, kann aber, falls in der Erbgemeinschaft mittelfristig keine Einigkeit herrscht, wieder aktiviert werden. Der Fall erregte großes öffentliches Aufsehen. Die LINKE initiierte eine erfolgreiche Unterschriftenaktion im Stadtviertel. Auch Regierungspolitiker erklärten, sie würden alles Mögliche tun, um es Spekulanten schwer zu machen. Die



Häuserzeile Kleiner Schäferkamp 16

Foto: Florian Quandt

rechtlichen Möglichkeiten sind allerdings begrenzt. Zwei Mitglieder der Initiative „KS16HH“ fassten dies mit den Worten zusammen: „Die Gesetzgebung gegen überhöhte Mieten und gegen Spekulation mit Wohnraum ist dramatisch uneffektiv.“ Sie nennen unter anderem folgende Probleme:

- * Falsche Berechnung der aktuellen Mieten im Mietenspiegel: Er berücksichtigt nur Mietveränderungen und Neuvermietungen, nicht die Be-

standsmieten. Er spiegelt also nur die höchsten Mieten. Da er juristisch verbindlich definiert, was „ortsüblich“ ist, trägt er zur Mietpreisspirale bei.

- * Soziale Erhaltungsverordnungen wirken nur eingeschränkt: Wo sie gelten, dürfen trotzdem Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt werden; allerdings dürfen sie sieben Jahre lang nur an Mieter*innen verkauft werden. Falls sie danach an Dritte veräußert werden, gilt in Hamburg eine Sperrfrist von 10 Jahren für Eigenbedarfs- und Verwertungskündigungen. Das nehmen aber manche Investoren in Kauf.
- * Das Vorkaufsrecht der Städte und Gemeinden gilt nicht bei Zwangsversteigerungen.
- * Die aktuell sehr hohen Wertsteigerungen bei Immobilien führen dazu, dass Grundstücke einen viel höheren Verkehrswert erzielen als die darauf befindlichen Gebäude. Am Beispiel Kleiner Schäferkamp 16/16a-f: Das Grundstück wurde wegen seiner zentralen Lage mit 8,5 Millionen € bewertet, die Gebäude (52 Wohnungen mit ca. 2700 qm Wohnfläche nebst zwei Gewerbebeeinträchtigungen) nur mit 1,6 Millionen €. Das führt dazu, dass Käufer die Gebäude abreißen und teure Wohnungen darauf errichten werden, um trotz des hohen Kaufpreises noch Rendite zu erzielen.

Bürger:innenbrief der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft, 16.6.2021, S. 15 f.; eigene Recherchen

„Moin Hamburg, so geht Stadt!“

Fünf Hamburger Initiativen fordern mehr Bürgerbeteiligung

Am 10. Juni veröffentlichten die fünf Stadtteilinitiativen Sternbrücke, Schilleroper, Holstenareal-Initi-



Die Sternbrücke

Emma7stern - CC BY 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=17603457>

ative „Knallt am dollsten“, St. Pauli Code jetzt und Viva la Bernie einen Aufruf gegen Missstände in der Stadtentwicklung. Sie üben Kritik daran, dass die Bewohner*innen der Stadtteile bei den städtebaulichen Planungen immer wieder übergangen wurden, dass die Stadt sich von Spekulanten erpressen lässt, dass sie mit Investoren in Hinterzimmern verhandelt und dass die neu gebauten Wohnungen meist viel zu teuer sind. Ihre Forderungen:

1. Jede Planung mit den Bewohner:innen beginnen,
2. Erpressungen durch Investor:innen zurückweisen,
3. Die Abrissbirne im Schuppen lassen, Denkmäler erhalten,
4. Keine neuen Bürogebäude mehr genehmigen,
5. Bezahlbare Wohnungen für alle statt Luxus-appartments bauen,
6. Der Autostadt Hamburg Tschüss sagen,
7. Quartiere mit Vielfalt und guter Nachbarschaft erhalten.

Nähere Angaben unter:

<http://www.sogehstadt.hamburg/>

Neue Studie: 53% der Hamburger zahlen zu viel Miete

49,2 % aller Haushalte in den deutschen Großstädten geben mehr als 30 % ihres Nettoeinkommens für die Miete aus. Dies zeigt eine im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführte Studie der Humboldt-Universität Berlin unter Leitung des Stadtsoziologen Andrej Holm. In Hamburg sind es 53 %. 28 % der Hamburger Mieter stecken sogar 40 % ihres Einkommens in die Miete, 12 % mehr als die Hälfte.

Die Studie zeigt außerdem, dass Mietwohnungen oft auch zu klein sind. Bei einer vernünftigen Verteilung müssten kleine Wohnungen für kleine Haushalte, große für mehrköpfige Haushalte zur Verfügung stehen. 56 % der Hamburger Haushalte lebten 2018 aber in zu kleinen und zu teuren Wohnungen. Selbst wenn man die Wohnungen anders verteilte, hätten 2018 ca. 20 % der Haushalte nicht mit bezahlbaren Wohnungen in angemessener Größe versorgt werden können. Dies bedeutet, dass in Hamburg über 100.000 erschwingliche Wohnungen fehlen.

Andrej Holm u.a.: Die Verfestigung sozialer Wohnungsprobleme. Entwicklung der Wohnverhältnisse und der sozialen Wohnversorgung von 2006 bis 2018 in 77 deutschen Großstädten. Working Paper der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung

Nr. 217, Juni 2021; <https://www.boeckler.de/de/pressemitteilungen-2675-33590.htm> ; Hamb. Morgenpost, 16.6.2021

Fahrraddemo für Mietenstopp

Ein breites Bündnis aus Organisationen und Initiativen ging am 19. Juni für einen sechsjährigen Mietenstopp deutschlandweit auf die Straße. In Hamburg beteiligten sich unter anderem etwa zwei Dutzend Fahrradfahrer unter dem Motto „Kein Abstrampeln für die Miete“ an einer Demonstration, die vom DGB nach Steilshoop führte. Die DGB-Vorsitzende Katja Karger kritisierte, dass viele Arbeitnehmer einen zu großen Teil ihres Einkommens für die Miete ausgeben müssen.

<https://mietenstopp.de/jetzt-mitmachen-in-der-kampagne-mietenstopp/mitmachen-beim-mietenstopp-aktionstag/?stadt=Hamburg&aktion=41>; <https://www.mopo.de/hamburg/fahrrad-demo-in-hamburg-haende-hoch-fuer-den-mietenstopp>.



Demonstration in der Innenstadt am 13.5.21

Impressum:

Volksinitiative Keine Profite mit Boden und Miete,
H. Kaienburg, c/o Mieter helfen Mietern, Bartelsstraße
30, 20357 Hamburg;
Email: info@KeineProfiteMitBodenUndMiete.de